

**Dr. Ludwig Markert, Präsident des Diakonischen Werks Bayern**  
**Vortrag, 29. Januar 2010, im Rahmen der Tagung „Vom Wert sozialer Arbeit“**  
**Freie Wohlfahrtspflege: Wirtschaftsfaktor und Gesellschaftsfaktor**  
- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Zwei Thesen zu Beginn:

**Die freie Wohlfahrtspflege ist ein Wirtschaftsfaktor:** Die Wohlfahrtsverbände leisten einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität und zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Sozialwirtschaft ist ein zuverlässiger Arbeitgeber - gerade auch in strukturschwachen Gebieten. Und der Staat profitiert auch finanziell von der sozialen Arbeit der Wohlfahrtsverbände. Die zweite These:

**Die freie Wohlfahrtspflege ist ein Gesellschaftsfaktor.** Sie leistet Hilfe. Diese Hilfe bewirkt eine signifikante Verbesserung von Lebensumständen, und zwar für die Menschen, die es betrifft, und auch für das gesamte Umfeld dieser Menschen. Diese Hilfe fördert zudem die Identifikation dieser Menschen und ihres Umfeldes mit einem Staat und einer Gesellschaft, die diese Hilfe, auch finanziell, mittragen. So werden durch die Hilfe der Wohlfahrtspflege Werte mittransportiert: Die Betroffenen erleben sich als Teil einer Gesellschaft, die sie nicht ausgliedert, sondern sich um sie bemüht. Das ist der Gesellschaftsfaktor der Wohlfahrtspflege.

Das sind meine Thesen, die ich Ihnen jetzt weiter erläutern will.

Doch zuvor ist mir noch wichtig festzuhalten: Wir sorgen uns um die, die sonst womöglich völlig aus dem Blickfeld dieser Leistungsgesellschaft verschwinden würden. Damit tragen wir entscheidend zur Wahrung des sozialen Friedens in dieser Gesellschaft bei. Auf diese Weise sind wir auch ein Stachel im Fleisch derer, die dieses Sozialsystem am liebsten abschaffen würden. Unser Ziel in der Arbeit mit Menschen besteht darin, diese zu befähigen, damit sie Bürger und Bürgerinnen sein können, die am

Geschehen in Staat und Gesellschaft möglichst aktiv teilnehmen. Wir Wohlfahrtsverbände sind keine Geld schluckenden Dinosaurier aus vergangener Zeit, die sich in der Gesellschaft eingenistet haben, ihre eigenen Interessen vertreten und unnötig viel Geld kosten. Wir sind Vordenker in Sachen Gerechtigkeit und Zukunft der sozialen Systeme. Und wir sind ein krisensicherer, zuverlässiger Arbeitgeber für zigtausend Beschäftigte, der die Rechte und Würde seiner Klienten und seiner Mitarbeitenden verteidigt. Unsere Mitarbeitenden leisten tagtäglich (und oft auch nachts) einen Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens, und damit einen wichtigen Beitrag für den Standort. Wer in den politischen Diskussionen unsere Beiträge zur Stabilisierung Bayerns und Deutschlands klein redet oder unterschlägt, handelt fahrlässig. Vielleicht ist er nicht ganz gut informiert. Oder er ist selbst Lobbyist, der eigene Interessen auf Kosten der Schwachen in der Gesellschaft durchsetzen will. Beides lehnen wir ab. Gegen beides setzen wir uns zur Wehr. Lassen Sie mich jetzt meine Position im Einzelnen ausführen und begründen.

### **1. Die Wohlfahrtspflege ist ein Wirtschaftsfaktor**

„Soziale Leistungen werden leider oft nur als Kostenfaktor gesehen. Dabei sollte die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung sozialer Einrichtungen und Dienste in Bayern mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten empfiehlt Sozialministerin Christine Haderthauer die Studie „Sozialmarkt Bayern“, die im Auftrag der LAGFW, gefördert durch das bayerische Sozialministerium, von der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg erarbeitet wird und deren Zwischenergebnisse auf der ConSozial im letzten November (2009) in Nürnberg vorgestellt wurden.

Was die Studie zu Tage fördert, mag manche überraschen. Aus unserer Sicht ist sie ein Beleg für das, was wir als Wohlfahrtsver-

---

<sup>1</sup> Aus dem Brief des Sozialministeriums vom 23. März 2009, mit der Staatsministerin Christine Haderthauer für die Beteiligung an der Studie wirbt.

bände wissen: Die Sozialwirtschaft ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zu Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – besonders auch in strukturschwachen Gebieten. Mehr als 300.000 Arbeitnehmer sind in Bayern in der Sozialwirtschaft beschäftigt, davon über 150.000 in der ambulanten, teilstationären und stationären Altenhilfe, fast 53.000 in der Kita-Betreuung. Allein die Diakonie in Bayern beschäftigt über 68.000 Frauen und Männer, und damit deutlich mehr Mitarbeitende als Audi weltweit. Dabei sind wir noch nicht einmal der Wohlfahrtsverband mit den meisten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, sondern stehen in Bayern nach der Caritas erst an zweiter Stelle.

Dies alles lässt die Wirtschaftsleistung, die in diesem Bereich erarbeitet wird, durchaus erahnen. Wir sollten deshalb in den Diskussionen nicht so tun, als wäre der Beitrag der Wohlfahrtsverbände zur Gesellschaft in erster Linie der, dass wir viel Geld kosten. Richtig ist: Sozialpolitik kostet viel Geld, aber die Menschen und die Gesellschaft haben auch etwas davon. Im Wirtschafts-„Denglisch“ formuliert: Wir Wohlfahrtsverbände bieten einen Return on Investment, von dem so manche Börsenstars nur träumen können. Das Geld wird bei uns nicht verbrannt, wie es in der internationalen Wirtschaftskrise in unvorstellbaren Dimensionen geschehen ist. Unsere Leistungen verändern Menschenleben zum Guten, ermöglichen zum Beispiel Eltern, frühzeitig wieder ihrem Beruf nachzugehen, bieten Eingliederungshilfe für Menschen, die ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten möchten, aber aus verschiedenen Gründen bis dato noch nicht leisten konnten.

Übrigens: Wer in der täglichen Sozialberatung mit Menschen zu tun hat, die mit Hartz IV zurecht kommen müssen, der ist es leid, immer wieder zu hören, dass man jetzt endlich die Menschen zur Arbeit motivieren muss. Für einen verschwindend geringen Anteil mag das zutreffen. Der weitaus größere Teil würde lieber heute als morgen wieder einer geregelten Arbeit nachgehen. Vielleicht

weiß man von all dem in Regierungskreisen in Hessen nichts – zumindest konnte dieser Eindruck nach jüngsten Pressemeldungen entstehen –, aber meine Damen und Herren, die Realität sieht doch so aus: Zu Hartz IV-Empfängern gehören heutzutage arbeitslose Akademiker und wegrationalisierte Facharbeiter, allein erziehende Mütter und ehrliche Handwerker, denen andere die Rechnungen nicht bezahlt haben. Nicht zu vergessen, was es bedeutet, wenn – wie bei Quelle in Fürth – Vertrauen ganzer Generationen in einen Wirtschaftsbereich praktisch über Nacht verschwindet, und dies über kurz oder lang bei vielen zu prekären Lebensverhältnissen führen dürfte. Ich weiß, wovon ich rede, ich war viele Jahre Dekan in Fürth und kenne die Region gut. Hier braucht es nicht allein Beratung und Initiativen, die in neue Arbeitsverhältnisse münden, hier braucht es auch eine Begleitung, die verlorenes Vertrauen in Wirtschaft und Politik manchmal mühsam wieder aufbaut, das andere verspielt haben. Wir machen das, wir als Wohlfahrtsverbände springen auch da in die Bresche. Diese wichtige Funktion könnte meiner Ansicht nach durchaus in der Gesellschaft noch mehr wahrgenommen werden...

Dabei profitieren von unserer Arbeit nicht allein die uns anvertrauten Menschen. Von uns profitiert auch das Finanzministerium. Ich darf noch auf ein anderes Zwischenergebnis der Studie „Sozialmarkt Bayern“ hinweisen. Im Sozial- und Gesundheitsbereich werden 6,6 Prozent der Bruttowertschöpfung des Freistaats Bayern erwirtschaftet, das sind 11,8 Milliarden Euro. Und mit jedem Euro Umsatz fließen zwei Drittel direkt in Beschäftigungsverhältnisse. Und die Transferanalyse der Studie weist nach, dass 50 Prozent, haben Sie das gehört, meine Damen und Herren, 50 Prozent, der sozialen Ausgaben direkt in die öffentlichen Kassen zurückfließen – in Form von Sozialbeiträgen, Lohnsteuern und anderen Steuern. Nicht eingerechnet sind dabei Effekte, die sich der Staat durch vermiedene Sozialleistungen spart, beispielsweise bei

Präventionsmaßnahmen in der Jugendhilfe oder in Beschäftigungsinitiativen für Jugendliche.

Lassen Sie uns das festhalten und als Entgegnung gegenüber so mancher in Politik und Wirtschaft vertretenen Position verstehen: Die Sozialwirtschaft ist ein Wachstumsmotor. Sie führt zu hoher regionaler Beschäftigung und regionaler Beschaffung. Sie ist ein stabiler Wirtschaftszweig, der deutlich weniger konjunkturabhängig ist, als viele andere Branchen. Die Sozialwirtschaft bietet Beschäftigung in besonderer Weise für Teilzeitarbeitende, besonders für Frauen. Die Wohlfahrtsverbände leisten somit einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität Bayerns und zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Daran führt kein Weg vorbei. Und hinter diese Argumentation auch kein Weg zurück.

## **2. Die Wohlfahrtspflege ist ein Gesellschaftsfaktor**

Aber die Bedeutung der Wohlfahrtspflege erschöpft sich nicht darin, ein starker Wirtschaftsfaktor zu sein. Sie ist auch ein starker Gesellschaftsfaktor. Die Wohlfahrtsverbände halten die Verbindung zwischen der Sozialpolitik und der Lebenswirklichkeit der Menschen. Gegenwärtig gibt es erfreulicherweise eine Reihe von Initiativen, die deutlich machen, dass die Politik die Nähe zu den Menschen an der Basis sucht. Der inzwischen ja vorliegende und von uns über Jahre eingeklagte Landessozialbericht, der „zweite Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern“, dessen Fortschreibung das bayerische Sozialministerium zugesichert hat, weist dabei in die richtige Richtung. Wir müssen uns ein klares Bild machen von der Situation, in der Menschen bei uns leben. Und wir müssen nachweisbar überprüfen können, welche Maßnahmen und Instrumente der Sozialpolitik zu welchen Effekten führen. Wir müssen feststellen können, was hilft und was besser hilft. Und auch, was nicht hilft.

Wir als Wohlfahrtsverbände sind dabei am Puls der Zeit, weil wir in direktem Kontakt, im täglichen Gespräch mit den Menschen stehen, die ihr Leben Tag für Tag unter zum Teil schwierigen Bedingungen, die sie sich übrigens nicht selbst gewählt haben, die ihren Alltag meistern müssen. Wir begrüßen sehr, dass die Politik nicht allein durch den Landessozialbericht, sondern auch durch Foren und Arbeitskreise das Gespräch sucht, um zukunftsorientierte Wege gemeinsam zu beschreiten. Da ist das „Forum Soziales Bayern“, das seit einigen Jahren unterschiedliche Akteure der Sozialpolitik zum offenen Meinungs austausch und, falls möglich, zur Formulierung gemeinsamer Positionen zusammenführt. Da gibt es Werkstattgespräche und andere Veranstaltungsreihen der Landtagsfraktionen, die nach den politischen Konsequenzen des Sozialberichts fragen. Da ist das kürzlich gegründete „Wertebündnis Bayern“, das ja den Untertitel trägt: „Gemeinsam stark für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.“ Und da ist nicht zuletzt auch die neu berufene Sozialkommission aus Vertreterinnen und Vertretern von Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschaft, Kirchen und Verbänden, die mit Blick auf die Ergebnisse des Sozialberichts für die Staatsregierung Leitlinien künftiger Sozialpolitik formulieren soll, damit es in Bayern – wie Ministerpräsident Horst Seehofer es als Zielvorgabe formulierte – gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern gibt.

Allerdings – und das haben wir nicht begrüßt, sondern damals massiv kritisiert – hat die Abschaffung kommunaler Sozialausschüsse diese Verbindung von Politik und Praxis leider geschwächt. Die Rahmenbedingungen beispielsweise für ein echtes Quartiersmanagement sind überwiegend erst noch zu schaffen. Und auch die Beiräte bei den ARGEn waren nicht so zahlreich, dass konkretes Wissen der Wohlfahrtsakteure schnell und ungehindert einfließen konnte. In Sachen Praxisbeteiligung bleibt also noch Etwaches auf unserer Agenda.

Wo die Praxisbeteiligung, wo die Anhörung der Expertise der Wohlfahrtspflege aber gelingt, kann auf politischer Seite in den Blick kommen, was wir als Wohlfahrtspflege durchaus als wesentlichen Punkt unserer Arbeit sehen. Wir Wohlfahrtsverbände sind nicht allein Sozialverbände. Unsere Arbeit wirkt auch politisch. Wir befähigen die Menschen, dass sie nicht im Kampf um das tägliche Auskommen untergehen, sondern ihre Rechte und Pflichten als Bürger und Bürgerinnen wahrnehmen können. Wir sind Partner einer modernen Sozialpolitik, die – so unsere Überzeugung – dazu beitragen muss, dass Frau Bürgerin und Mann Bürger sein kann.

Sie merken bei dieser Formulierung, was meiner Meinung nach dahinter steckt: Eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land wird ausgeschlossen von der Teilhabe an der Gesellschaft: Weil sie in ihrer 40- oder 50-Stundenwoche oder in verschiedenen schlecht bezahlten Jobs nicht mehr genug verdienen, um eine Familie zu ernähren. Weil Armut inzwischen auch in Deutschland erblich ist, und weil soziale Kompetenzen, die Voraussetzung für eine geregelte Arbeit sind, oft erst wieder mühevoll gelernt und eingeübt werden müssen. Weil Haftentlassene nicht nur mit ihrer eigenen Geschichte leben müssen, sondern auch mit der Skepsis und den Vorurteilen der Umgebung. Weil Menschen mit psychischen Problemen oder Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft immer noch stigmatisiert sind.

Meine Damen und Herren, das Vertrauen gegenüber den politisch Verantwortlichen, das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem, das Vertrauen in die Demokratie messen die Menschen – und ich meine zu Recht – de facto an einer glaubwürdigen Sozialpolitik. Und die Stabilität einer Demokratie hängt unmittelbar damit zusammen. Es kommt nicht von ungefähr, dass in den Staaten, in denen das soziale Klima unbefriedigend ist, auch die Demokratie oft in der Krise steckt. Dazu brauchen wir gar nicht nach Afrika schauen, es genügt schon ein Blick in manche Krisen geschüttelte Länder Ost-

europas. Es ist fahrlässig, einen starken Staat allein am Bruttosozialprodukt oder der Exportquote zu messen. Es ist auch fahrlässig, nach dem starken Staat erst dann zu rufen, wenn Bürgerinnen und Bürger sich in den U- und S-Bahnhöfen nicht mehr sicher fühlen. Wir brauchen einen starken Staat, einen starken Sozialstaat auch um unserer Demokratie willen.

Ein Staat ist und bleibt stark, wenn er den Menschen mit Sicherheit ihr tägliches Auskommen bietet. Dabei geht es nicht – wie uns Wohlfahrtsverbänden immer wieder unterstellt wird – um gleiche Geldbeutel für jede und jeden. Ich glaube auch nicht, dass der Artikel 151 der Bayerischen Verfassung „die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“ – dem alle, Politik und Wirtschaft, ja verpflichtet sein müssten – so auszulegen wäre, als ginge es um gleiche Bankkonten, gleich große Wohnungen und gleich große Autos. Aber darum schon: Dass nicht alles so bleiben kann, wie es ist. Der Mann, die Frau auf der Straße haben recht, wenn sie sich wundern, welche Milliardenbeträge zur Sicherung der Banken aufgewendet werden, und warum es Jahre dauert, bis der Beitrag für Kinder, die in Hartz IV leben, angehoben wird. Natürlich weiß ich, dass es richtig war, die Banken zu stützen. Aber jetzt, wo bereits wieder die ersten Milliardengewinne verbucht werden, wartet die Frage auf eine Antwort, ob das so bleiben kann, dass man die Gewinne privatisiert und die Verluste der Allgemeinheit und damit uns allen aufbürdet.

Wir als Wohlfahrtsverbände stehen für eine Gesellschaft ein, in der das Miteinander funktioniert. Das Miteinander funktioniert aber nicht, wenn die einen auf Kosten der anderen leben, und wenn sich unsere Gesellschaft zunehmend in ein Oben und Unten aufteilt. Darin steckt sozialer Zündstoff. Und wir weisen darauf hin, weil wir nicht wollen, dass immer mehr Menschen in die gewaltbereiten linken und rechten Ränder unserer Gesellschaft abdriften. Wir wollen auch keine Pariser Verhältnisse, wo in der Nacht Stra-

ßenschlachten stattfinden, weil man versäumt hat, in der Ausländerthematik rechtzeitig die Weichen in die richtige Richtung zu stellen, und weil dort das Vertrauen in Staat und Wirtschaft bei vielen bleibend geschädigt wurde. Da meinte man, sparen zu können, wo Investieren richtiger gewesen wäre. Ich sage es ganz deutlich: Wir brauchen in der Krise nicht nur Investitionen zur Sicherung der Banken, wir brauchen auch Investitionen zur Sicherung des sozialen Miteinanders in unserem Land. Wer hier nicht gewillt ist zu investieren, riskiert den sozialen Frieden: heute und in Zukunft.

An diesem Punkt leisten die Mitarbeitenden der Wohlfahrtsverbände hochrangige, qualifizierte Arbeit. Fast hätte ich hinzu gefügt: wenn man sie lässt. Zwar habe ich sehr wohl wahrgenommen, dass es manche sozialpolitischen Verbesserungen gegeben hat, zum Beispiel im Bereich der Finanzierung der Schuldnerberatung; und ich weiß, dass manches nicht finanzierbar ist, was sinnvoll wäre. Ich sehe aber auch, dass gerade im Bereich der Pflege, in dem es immer wieder zu nicht hinnehmbaren Vorfällen kommt, die Mitarbeitenden gerne anders arbeiten würden. Wir dürfen nicht Mitarbeitende schelten, die überzeugt ihren Beruf ausüben wollen, aber gleichzeitig – vorgeschriebener Weise – inzwischen fast mehr Arbeit in die Pflegedokumentation fließen lassen müssen als in die Arbeit am Menschen. Für 2,25 Millionen Menschen, die täglich auf Pflege und Betreuung angewiesen sind, hat im vergangenen Sommer die diakonische Initiative „weil wir es wert sind“ bundesweit in ganz kurzer Zeit über 20.000 Unterschriften gesammelt und an die Bundesregierung in Berlin übergeben. Dahinter stecken hoch motivierte Mitarbeitende, die ihre Pflegeberufe ernst nehmen, es aber satt haben, an Leistungen gemessen zu werden, die sie gerne bringen würden –wenn die Kostenträger (oder sollte ich sagen: wir) bereit wären, das zu bezahlen. Die Pflege steht meiner Ansicht derzeit in dem Dilemma, dass die Öffentlichkeit Missstände anprangert, die durch eine Jahre lange Unterfinanzie-

rung mit ausgelöst sind. Hier bleibt einiges zu tun - auf allen Seiten...

Gestatten Sie mir, dass ich hier an dieser Stelle, an der es um das Spannungsfeld von Qualität einerseits und Finanzierung andererseits geht, eine Lanze für unsere Mitarbeitenden breche. Die Wohlfahrtsverbände haben zusammen mit ver.di in der gemeinsamen Erklärung „Vom Wert sozialer Arbeit“ darauf aufmerksam gemacht, dass Qualität auch ihren Preis hat. Der Unterbietungswettbewerb in der sozialen Arbeit hat ein Maß angenommen, das nicht mehr akzeptabel ist. Die Kostenträger müssten finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, die es möglich machen, eine – wenn schon nicht hochwertige, so doch ausreichende – Versorgung in die Tat umzusetzen. Unsere Mitarbeitenden arbeiten täglich im Umgang mit den ihnen anvertrauten Menschen an einer Verbesserung von deren Lebenslage. Direkt damit verbunden ist das: Sie arbeiten dabei täglich an einer solidarischeren Gesellschaft. Sie stehen täglich für Werte ein, die unser Miteinander zusammenhalten. Sie stehen dafür ein, dass der Wert eines Menschen sich nicht daran ermessen lässt, wie viel man mit ihm verdienen kann. Und dass das Lineal der Ökonomie nicht das einzige Maß sein kann, an dem man misst, was menschlich ist. Hier ist die Position der freien Wohlfahrtspflege eine andere als die der privaten Träger. Dieser Unterschied wird manchmal verwischt, das möchte ich ausdrücklich betonen. Wer den Unterbietungswettbewerb im sozialen Bereich unnötig vorantreibt, höhlt die Gesellschaft von innen her aus. Wer so etwas tut, muss sich klar werden, was er da fördert.

In diesen Zusammenhang gehört auch: Unsere zigtausend Ehrenamtlichen dürfen weder jetzt noch in Zukunft als Lückenbüßer für Aufgaben benutzt werden, die eigentlich vergütet werden müssen. Vielmehr verwirklichen sie durch ihr Engagement schon jetzt, was in Zukunft noch mehr der Fall sein muss: Soziales Denken und

soziales Bewusstsein müssen wieder in der Mitte der Gesellschaft ankommen. Ich meine sogar: Das ist die neue Mitte, die so viele Parteien anderswo – vergeblich – suchen.

Ich fasse zusammen:

Die Wohlfahrtsverbände in ihrer Nähe beim Menschen liefern als Seismographen für soziale Entwicklungen den politischen Akteuren Hinweise für gezieltes sozialpolitisches Handeln, und den betroffenen Menschen passgenaue Antworten im Blick auf ihre Herausforderungen, ihre Probleme. Eine Prioritätensetzung angesichts zu erwartender leerer werdender Kassen allein im finanzpolitischen Bereich greift zu kurz, weil es den sozialen Frieden im Land womöglich auf Dauer gefährdet. Deshalb braucht es auch eine Priorität für eine solidarische Gesellschaft. Denn diese stärkt nicht nur einzelne Menschen in prekären Lebensverhältnissen, sondern stärkt sie gleichzeitig als Bürgerinnen und Bürger. Wer die Krise meistern will, muss dort investieren, wo es sich auf Dauer rechnet: bei der Förderung des Einzelnen. In der Sozialwirtschaft, die sich als krisenfest erweist, hat die Politik in den Wohlfahrtsverbänden verlässliche Partner – nicht zuletzt auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Stärkung der Demokratie.

Die Wohlfahrtspflege ist ein Wirtschaftsfaktor. Gut. Aber mehr als das ist sie ein starker Gesellschaftsfaktor. Unser Ziel bleibt eine immer solidarischere Gesellschaft. Wir bleiben entschlossen, der Politik zu diesem Ziel immer wieder zur Hand – und erforderlichenfalls – auch auf die Nerven zu gehen

Ich danke Ihnen.